

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Preis pro Nr. 1/10

Mit der Lübecker Sonntagbeilage „Die Neue Welt“.

Preis pro Nr. 4/10

Der Abonnent erhält, wenn er nach Lübeck oder an Sonn- und Feiertagen mit dem Boten
einige Exemplare gratis, die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen.
Die Anzeigengebühren sind: Monatlich 55 Pf., vierteljährlich 1.50 M., halbjährlich 2.80 M., jährlich 5.00 M. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierstündige Zeitungs- oder deren Raum 15 Pf., für
Besamungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf.
Interate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 9.

Mittwoch, den 11. Januar 1899.

6. Jahrgang.

Preis pro eine Beilage.

Die Konservativen und der Mittelstand.

Wp. Weil die Sozialdemokratie, die es mit dem arbeitenden Volke ehlich meint, nie dafür zu haben war, dem Handwerk vorzuziehen, daß es noch einen „goldenen Boden“ besitze, weil sie vielmehr stets mit aller Schärfe gezeigt hat, wie der kapitalistische Großbetrieb den Mittelstand ruiniere und diesem nichts mehr übrig bleibe, als gemeinsam mit der proletarischen Arbeiterklasse für die Vernichtung jeder Ausbeutung und die Entwicklung einer Gesellschaftsordnung, in der die Arbeit herrscht und nicht der große Geldsack, zu kämpfen, haben ihr die konservativen und antisemitischen Henschler und Volksbetrüger stets vorgeworfen, sie wolle das Handwerk ruinieren. Sie selbst waren stets bereit, den Handwerkern und kleinen Kaufleuten goldene Berge zu versprechen, wenn sie nur bei den Wahlen ihre Stimmen erhielten — sie konnten aber durch ihr großes Mundwerk das Loch in der Tasche des kleinen Mannes nicht zu stopfen, dieses wurde vielmehr immer größer. Als die Frage der Besteuerung der großen Waarenhäuser auftauchte, hat sie die Sozialdemokratie ernstlich geprüft und nachgewiesen, daß dadurch das Großkapital in seinem Ausbeutungs- und Vernichtungszug nicht um einen Zoll breit aufgehalten werden könne, den Schaden vielmehr die Produzenten und Konsumenten d., das arbeitende Volk, zu tragen haben würde. Welches Pater-Morbo-Geschrei haben da nicht die Konservativen und Antisemiten erhoben! Da hieß es: „Seht, die rote und goldene Internationale gehen zusammen!“ Und bei den Wahlen hat man wiederholt damit manchen Ungläubigen geköhrt. Nun liegt vor uns ein Blatt der „Kreuz-Beitung“, in dem zu der Besteuerung der Waarenhäuser Stellung genommen wird, allerdings nicht im politischen Theil, sondern im Börsetheil, der vor den Handwerkern und kleinen Kaufleuten, die nicht wie die noch leidenden Agrarier auf der Börse spielen, nicht gelesen wird. Es ist gleich in Nr. 1 von diesem Jahre. Da heißt es in dem „wirtschaftlichen Wochenbericht“:

„Als eine der nächsten gesetzgeberischen Aufgaben auf gewerblichem Gebiet stellt sich der Schutz des kaufmännischen Mittelstandes gegen die Schleuderbazare dar. Man kann es sehr gut verstehen, daß die soliden großen Waarenhäuser sich energisch dagegen verwahren, mit ihnen gleich behandelt zu werden. Sie stellen einen technischen Fortschritt des Detailvertriebes dar, von dem die Fabrikanten und die Verbraucher einen wesentlichen Vortheil haben. Daher können auch wir nicht glauben, daß man gut daran thut, sie durch eine hohe Steuer zur Liquidation zu zwingen.“

So sieht es also mit dem konservativen Schutz der kleinen Kaufleute aus! Auf die Spekulationsgeschäfte wird geschimpft, „aber die soliden großen Waarenhäuser“, die eine Massenhandlung an sich ziehen, ja durch Postverkauf sich einen Absatz im ganzen Reich schaffen, die dürfen nicht angegriffen werden, denn sie bilden einen „technischen Fortschritt!“ Als Trost empfiehlt die „Kreuz-Beitung“ den durch die soliden großen Waarenhäuser ruinierten Kaufleuten die Anschaffung einer Broschüre über den Genossenschaftsbetrieb. Daß die Konzentration des Betriebes, ob sie in der Gestalt einer kapitalistischen Einzelunternehmung, einer Aktiengesellschaft, eines Konsumvereins oder einer Verkaufsgenossenschaft stattfindet, immer Arbeitskräfte freisetzt, seien es Handwerker oder Kaufleute — darin besteht ja ihr Vortheil — das will die „Kreuz-Beitung“ vorläufig nicht einsehen. Aber die Kaufleute wissen es sehr gut, daß eine Einkaufs- bezw. Verkaufsgenossenschaft nie sämtliche Detailhändler umfassen kann, sondern nur die besserstehenden aufnimmt, die dann auf die außerhalb des Kreises Gebliebenen um so schlimmer drücken.

Aber die „Kreuz-Beitung“ bleibt nicht beim Kaufmannsgeschäft stehen. Sie folgert weiter:

„Uebrigens ist es keineswegs der Kleinbetrieb im Waarenhandel allein, der unter einer erdrückenden Konkurrenz des Großbetriebes zu leiden hat. Wohin wir blicken, finden wir dasselbe Bild: im Bankgeschäft, in der Fabrikation, im Handwerk, in der Landwirthschaft. Ueberall können die technischen Fortschritte, die mit elementarer Gewalt ihre Einführung durchsetzen, nur in den mit reichlichem Betriebskapital ausgestatteten Betrieben nutzbar gemacht werden.“

Also ade Handwerker, ade Bauer — ihr müßt ab danken zu Gunsten des „reichlichen Betriebskapitals!“

Pacht ein, verlaßt eure elenden Hütten, geht nach Amerika, nein, nach Brasilien, nach Kamerun, werdet Tagelöhner beim gnädigen Gutsbesitzer, der euch in einer elenden Baracke unterbringen, ein bißchen Stroh zum Nachtlager und verfaulte „Gefüßbeheringe“ nebst amerikanischem Schmalz zu den Kartoffeln als Nahrung geben wird! Weht, weht euch, küßt die Hand dem gnädigen Herrn und bedankt euch — wartet ihr noch eine Weile, so kommen Russen an eure Stelle! Welch' schöne Bekennnisse einer konservativen Seele!

Die Sozialdemokratie hat längst erkannt, daß ein Kampf gegen die Produktionsentwicklung vergebens wäre. Deshalb hat sie aber den Kampf gegen die Ausbeutung nicht aufgegeben. Ihr Streben geht dahin, nicht die Produktionsentwicklung aufzuhalten, sondern sie dem gesammten arbeitenden Volke zugutekommen zu lassen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Beschlüsse der „Anarchistenkonferenz“ werden heimlich gehalten. Als Grund führt man an, daß man durch deren Veröffentlichung den Anarchisten nur Fingerzeige dafür bieten würde, wie sie dem Rufe der internationalen Polizeibehörden entzischen könnten. Dieser Grund, so schreibt die „Rhein. Westf. Ztg.“ ließe sich hören, wenn er nur wirklich maßgebend wäre. In Kreisen, die gewöhnlich über derartige Angelegenheiten gut unterrichtet sind, gebe man allerdings einen ganz anderen Grund an. Man erkläre dort das Schweigen daraus, daß es eben — nichts zu berichten gebe. „Die Konferenz hat getagt, hat verathen, hat abgestimmt, hat einzelne Vorschläge angenommen, andere verworfen, aber das Ergebnis war lediglich, daß verschiedene Theilnehmer die gefassten Beschlüsse in „Vorwertung“ nehmen und andere es namens der Staaten, die sie vertreten haben, ausdrücklich ablehnten, den gefassten Beschlüssen beizutreten, während allerdings eine Anzahl Vertreter sich sofort namens ihrer Staaten zur Durchführung der gefassten Beschlüsse verpflichteten haben. Als diejenigen Staaten, deren Vertreter die Durchführung der Konferenzbeschlüsse abgelehnt haben, werden England, die Niederlande und Belgien genannt, während Frankreich die Beschlüsse zunächst „ad notam“ genommen haben soll. Zu den Staaten, die sich mit den Beschlüssen vorbehaltlos einverstanden erklärt haben, dürften Italien, das Deutsche Reich, Oesterreich-Ungarn und Rußland gehören. Ueber die Stellung der Schweiz und anderer Staaten gehen die Meinungen auseinander. Doch glaubt man, daß auch die Schweiz dem Beispiele Frankreichs gefolgt sei und eine abwartende Stellung gegenüber den Konferenzbeschlüssen eingenommen habe. Thatsächlich wird man hiernach die Konferenz als gescheitert ansehen müssen. Die Voraussetzung des Erfolges war unbefritten, daß es gelingen würde, eine Vereinbarung unter allen zivilisirten Staaten herbeizuführen.“ — Die polizeifromme „Rhein. Westf. Zeitung“, deren Ausführungen wegen der Beziehungen zu den Polizeianarchisten sicherlich der Wahrheit entsprechen, giebt damit das internationale Polizei-Fiasco der Anarchistenkonferenz zu, woran für uns schon lange kein Zweifel mehr bestand. Interessant ist nur noch das Bekennniß, daß die Blamage auf Seiten der reaktionären Mächte Deutschland, Oesterreich, Italien und Rußland liegt.

Wp. Allerlei Renjahrsbetrachtungen. Wenn man die Renjahrsartikel der bürgerlichen Presse durchsieht, so findet man überall, in allen Ländern und bei allen Parteien, eine mehr oder weniger traurige Stimmung. Besonders in Frankreich, in Oesterreich und in Ungarn haben sich die bürgerlichen Zeitungsschreiber zu wahren Jereminaden emporgeschwungen. „An den Wässern Babels da saßen sie und weineten.“ Zufrieden allein mit dem verfloffenen Jahr ist die ewig unzufriedene Sozialdemokratie. Ein frischer Aufzug von Leben, Kraft und Kampfeslust erfährt einen, wenn man unsere Presse liest, in welcher Sprache sie auch geschrieben sein und welchem Lande sie auch angehören mag. Und was besonders den Muth hebt, Begeisterung, Thatkraft und Siegeszuversicht weckt, ist, daß die gesammte Arbeiterpresse der Welt sich einzig zeigt in dem Streben, eine neue Gesellschaftsordnung, die Gesellschaft des Sozialismus herbeizuführen. Es würde zu

weitläufig sein, alle Aeußerungen, die sich darauf beziehen, zu zitiren. Wir wollen hier nur anführen, was unser belgisches Bruderorgan, der Brüsseler „Peuple“, schreibt, weil dieses zugleich den wunderbarsten Punkt dieser kapitalistischen Ausbeutungsgesellschaft, in der wir leben, grell beleuchtet. Genosse Jules Velen beginnt darin seinen schwungvollen Renjahrsartikel mit den folgenden Worten:

„Unsere ersten Glückwünsche gelten jenen, die am meisten unglücklich sind: um die Jahreswende denken wir an die Arbeitslosen. Ein bestemmendes Gefühl ergreift uns: also denn, es giebt unter uns, hier in unserer unmittelbaren Nähe, auf den großen Landstraßen, in den Gebirgen, Talsenbe und Abertausende von Unglücklichen, die kein Brod, kein Geld zum Fortkommen haben. Ob das Jahr schlecht oder gut, stets wächst ihre Zahl in dem Maße, wie die Arbeitsmittel sich vervollkommen, so daß ihr Elend gleichen Schritt hält mit dem Fortschritt unserer Produktion. Und wenn es nicht die Durchführung des Achtstundentages sein sollte — aber auch das würde wohl ein Ballastmittel bleiben — so ist in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung kein Mittel zu erfinden, welches der Unsicherheit ihres unletzen Lebens abhelfen könnte. Wie sollen wir unsere Glückwünsche fassen, die sich diesen Unglücklichen zuwenden? Das ist nur eine neue Gesellschaftsordnung, die ihnen helfen kann, das, woran wir langsam hinarbeiten, viel zu langsam, die Arbeitsburg, in der es Platz geben wird für alle, die arbeiten, das Zeitalter der Solidarität, wo kein einziges Kind der großen menschlichen Familie mehr geopfert werden muß! Daß hoch der Gedanke an die Arbeitslosen uns verändere, jenseits von dem richtigen Wege abzuweichen. Die Arbeiterpartei würde sich selbst verkennen, wenn sie ihr Ziel aus den Augen ließe, wenn nicht jede ihrer Anstrengungen zum Ergebnis hätte die Beschleunigung der Umgestaltung der Gesellschaftsordnung. Wir sind revolutionär und müssen vor allem revolutionär bleiben. Und das einzige, was wir unseren verkochenen Brüdern sagen können, ist, daß wir zu ihnen halten, daß wir für sie den Kampf kämpfen und daß in dem Dunkel, das sie umgiebt, der Gedanke des Sozialismus das einzige Licht des Lebens und des Glanzens sei, das auch ihnen leuchtet.“

Dem Sozialismus gehört die Welt — die Einheit der Proletariat aller Welt ist die Gewähr dafür!

Als Zeugen werden im Prozeß Vandauer der „Eberfelder Freien Presse“ zufolge u. A. vernommen werden: Kreisphysikus Dr. Berger, wahrscheinlich Monteur H. Babs aus Eberfeld, außerdem noch der frühere Polizeibeamte Splittgerber, der zu der Zeit, in der Polizeikommissar Gottschalk in Eberfeld thätig war, als Gefangenwärter im Polizeigefängniß fungirte und dem Zietzen nach der Verhaftung übergeben worden war. Splittgerber ist seiner Zeit aus dem Polizeidienst entlassen und fungirt jetzt als Werkmeister in einer Fabrik in Saarbrücken. Dann wird wohl noch, außer Anderen, eine Eberfelder Dame geladen werden, die eingehende Aussagen gegen den sich auch der That selbst bezichtigenden Wilhelm zu machen in der Lage ist. Von der Anklagebehörde ist neben dem beleidigten Kommissar Gottschalk noch der Oberbürgermeister Geheimrath Jaeger als Zeuge und Zeuge für Ersteren geladen. Der Termin ist bekanntlich verlagert worden. — Kreisphysikus Dr. Berger vertritt den Standpunkt, daß Zietzen die ihm zur Last gelegte That nach Lage der Umstände nicht verübt haben kann. Gottschalk, über den Oberbürgermeister Jaeger als Zeuge vernommen werden soll, ist von Vandauer, wie erinnerlich sein wird, der Fälschung von Beweismitteln beschuldigt worden.

Die Entscheidung des Bundesrathes in der lippeischen Erbfolgefrage hat in Lippe selbst große Erbitterung erregt. Die „Landeszeitung“, das offiziöse Regierungsorgan, bezeichnet die bundesrätliche Entscheidung „so ziemlich als die schlimmste“, welche überhaupt für Lippe-Detmold hätte getroffen werden können. Sie bedeute für das Land die Fortdauer eines Zustandes der Unruhe und des Unfriedens: „Der Thronfolgestreit hat seit Jahren in das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben unseres Staates auf das Empfindlichste eingegriffen. Seit mehr als drei Jahren wird im Lande in unerhörter Weise gehetzt und geschürt. Der wirtschaftliche Niedergang oder Stillstand unserer Residenz ist zum großen Theil auf die unsicheren politischen Verhältnisse zurückzuführen. Die dringende Hoffnung des lippeischen Volkes ging deshalb dahin, die lippeische Frage möge endlich ein für allemal aus der Welt geschafft werden.“ Es trete abermals das Verschleppungssystem zu Tage. Das Blatt erklärt es deshalb als eine unerläßliche Pflicht der gesetzgebenden Faktoren von Lippe-Detmold, die Thronfolge durch Landesgesetzgebung zu regeln, wie das auch in Meiningen vor Jahren durch den Landtag einstimmig und ohne Zögern geschehen sei.

Häftigen Hamburger Arbeiter Nachts ein Unterkommen finden, ward dahin beantwortet, daß den Rhebern polizeiliche Vorschriften unerwünscht seien, kurzum Stoff genug, um bedenkliche Erscheinungen zu zeitigen. Eine Sache aber übersteigt alles Dagewesene: die Errichtung des Arbeitsnachweises durch den Verein der Stauer. Der Arbeitsnachweis ist gewiß ein Fortschritt gegen die früheren nachlässigen Zustände, aber in der Form, wie der ohne Befragen der Arbeiter zustande gekommene Nachweis funktionieren soll, bringt er mehr Unheil als Segen. Das Statut dieses Nachweises ist bisher von den Rhebern und Stauern nicht veröffentlicht worden, in den Kreisen der Arbeiter schreite man die schlimmsten Bestimmungen, und so sah sich der Vorstand der Sektion der Schauerleute veranlaßt, die Stauer um Uebernahme des Statuts zu ersuchen. Und die Antwort? Der Vorstand des Vereins Hamburger Arbeiter vermag sich von einer vorzeitigen Berathung des geplanten Arbeitsnachweises seitens der Schauerleute keinen Nutzen zu versprechen. Daß die Arbeiter keinen Grund haben, demselben Mißtrauen entgegen zu bringen, geht schon daraus hervor, daß der Senat das Statut genehmigt hat. Unter diesen Umständen bedauert der Vorstand, dem Wunsch nach Uebernahme eines Statuts nicht entsprechen zu können. Man fürchtete also die Öffentlichkeit, und das will bei der sonstigen Rücksichtslosigkeit des Arbeitgeberverbandes etwas heißen. Mittlerweile ist es den Schauerleuten gelungen, sich auf irgend welche Weise ein Exemplar des Statuts zu verschaffen, und man muß gestehen, an derartigen Bestimmungen werden die Reaktionsäre aller Schattierungen ihre helle Freude haben. Sollte der Hamburger Senat wirklich das Statut genehmigt haben, so würde das ein großes Schlaglicht auf das soziale Gerechtigkeitsgefühl dieser „republikanischen“ Behörde werfen. Das Statut gliedert die Arbeiter in 4 Kategorien: 1. feste Arbeiter, 2. brüdicke Hülfсарbeiter, 3. Branchenarbeiter, 4. Gelegenheitsarbeiter. Diese Anordnung enthält schreiende Ungerechtigkeiten, z. B. dürfen die brüdicke Hülfсарbeiter nur in einem bestimmten Bezirk des Hafens, die Branchenarbeiter nur in einer bestimmten Branche arbeiten. Ist für sie an den betreffenden Stellen keine, an anderen Orten jedoch

reichlich Arbeit, so dürfen sie dennoch nicht von der letzteren Gebrauch machen. Jeder Arbeiter bekommt eine Karte, die alle 8 Wochen gewechselt wird. Der Vorstand des Vereins der Stauer legt die Zahl der Karten nach Maßgabe der durchschnittlich nötigen Arbeitskräfte fest. Wenn aus irgend einem Grunde von den Stauern keine Arbeit mehr gegeben wird, wird die Karte entzogen, besagt denen, die nicht pünktlich zur Arbeit kommen. Vorstehende Bestimmungen sind das Verste. Was seit Jahren vorgekommen ist. Tausende von Arbeitern bekommen keine Karte, weil erfahrungsgemäß mehr Arbeitskräfte als nötig vorhanden sind. Und dabei sagt das Statut in § 1 auch noch, daß der Verein von Arbeitskräften gebildet werden soll! Und nun jene schwarze Liste in neuer, moderner Auflage! Es ist 100 gegen 1 zu wetten, daß dieser Punkt über kurz oder lang zum Kampfe führen muß! Eine Besonderekommission ist ebenfalls eingesetzt, bestehend aus 1 Arbeiter, 1 Schiffsmüller, 1 Stauer und 1 Arbeiter. Kommtar überflüssig! Die Schauerleute haben in einer Versammlung schon gegen das Statut Stellung genommen, jedoch angeführt der mangelhaften Erwerbsverhältnisse erklärt, sich vorläufig fügen zu müssen. Aber es ist klar, daß bei solcher Sachlage Konflikt der Stauer mit's Molken kommen muß. Man, die Kapitalgeber, wird das Buchstabe nicht schon treffen, denn eine größere Anrechnung zum Streit, als sie jetzt betreiben, geht es zu gar nicht! Jedenfalls haben sie den Vollzettel zur Befestigung des geplanten Nachweises trefflicher Material geistert.

Jensburg. Material zur Buchführung vorlag. Die hiesigen Arbeiter, die Ende voriger Woche ihren Anstand für beendet erklärt haben, streifen dem Vorstand der vereinigten Handwerker mit, daß die Arbeit in den früheren Bedingungen nicht weiter zu wollen. Daraufhin hielten die beteiligten Handwerker eine Versammlung ab, zu der für die Vertreter der Handwerker ein Bändchen der Vereinigten Handwerker, des Volksvereins und des Vorstandes des hiesigen Arbeiterverbandes eingeladen. Hier wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Arbeiter nicht eher wieder

einzustellen, als bis auch die noch ausstehenden Zimmerer sich zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hätten. „Wehe den Bestigten!“ war von jeder eine edle „Hamburger Idee“. Aber das ist jedenfalls neu an dem Vorgehen dieser Arbeiterkoalition, daß sie, um die Arbeiter einer bestimmten Branche zum Nachgeben zu zwingen, die Arbeiter eines ganz anderen Gewerbezweiges ausperseren. Bisher wenigstens beschränkte sich die Unternehmersolidarität bei Kesselpörrungen und dergleichen doch stets auf die Arbeitgeber einer und derselben Branche. — Wer handelt hier offenbar mit einer Nachsicht jenseits politischer Grundrätze zu thun, wonach der Durchbruch vorgezogen wird, weil der Herr nicht laiden will.

Wismar. Natürlich! Dem Wirth der „Hans“ sind mehrere Strafbefehle zugegangen, weil er ungebührlich ohne Erlaubnis öffentliche Tanzbelustigungen veranstaltet hat. Dem ist jedoch nicht so; es waren stets nur Privatgesellschaften. Das Gericht wird also wohl die Polizei vorweisen müssen.

Schwaa. Politik in der Kirche. In seiner Synodepredigt sagte der hiesige Propst Bischoff u. A.:

„Hier ist nicht der Ort, Politik zu treiben, jedoch kann ich es beim Nachdenken auf das alte Jahr nicht unterlassen, zu bemerken, daß vornehmlich die Bewohner von Schwaa und Umgebung alle Ursache hätten, sich im neuen Jahr zu bessern und nicht jener gottlosen Partei anzugehören, welche hier überhand nimmt.“

Sie kommen Wami!

Briefkasten.

Am Mittwoch 8 1/2 Uhr. Treue Victoria in Schwartau. Synodist der Tounstet auf der zweiten Seite) ist Reichsbahngeheim, als: Dienen, Mingen, Springen, Keiten u. s. w. Schwarlau. Arbeiter. Pingel, Hohenthorst bei Gausan. Zwei Streikende. R. D. N. hat 321 548 Einwohner und steht an sechster Stelle unter den deutschen Städten, während Dresden mit 388 440 an achter Stelle steht. Zwei Fabrikarbeiter. Hauptfeindstücke in Kupfer haben nach Einführung der Reichsmünze nicht existiert.

Stadttheater. Die mit so großem Beifall aufgenommene Positiv „Ruhmann Henschel“, Schauspiel in 5 Akten von G. Hauptmann, geht am Mittwoch, den 11. d. M., nochmals in Szene. Für Donnerstag ist Bizet's große Oper „Carmen“ mit Fel. Ueber als Niceta angekündigt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Frau D. Glau zu ihrem 45. Geburtstag die besten Glückwünsche!
Gedacht von ruhigen Leuten eine Wohnung zum 1. April i. Br. von 140—160 Mk. Angeb. u. W an die Exped. d. Bl.

Ein Tischlerlehrling zu Dören gesucht der zu Hause schläft, gegen wöchentliche Vergütung Hundestraße 18.

Zu verk. ein Haus mit 2 Wohnungen vor dem Thore. Näheres Brüderrstraße 4a.

Maschinen-Strickerei Max Schrödter

Fleischhauerstr. 36 Lübeck Fleischhauerstr. 36 empfiehlt Spottbillig selbstgestrickte Strümpfe, Socken, Hosen, Jacken, Kinder-Anzüge, Röcke, Normalhemden, Arbeiterhemden, Schürzen, Corsetts, Damenhemden, Arbeiterblousen, woll. Westen etc. für Herren, Damen und Kinder. Alles nach Maass und Anstricken. Bitte um gütigen Zuspruch.

Dampf-Bäckerei Hanna

Peterstrasse 1. J. C. D. Junge. Peterstrasse 1. empfiehlt ihre Fabrikate zu folgenden Preisen:
Schwarzbrot zu 60 und 30 Pfg.
Korbenschwarzbrot zu 40 und 30 Pfg.
Gemengtes zu 40 und 20 Pfg.
Feinbrot zu 40, 30 und 20 Pfg.
Corinthenbrot zu 40 und 20 Pfg.
Weizenbrot zu 40 und 20 Pfg.
Die Verkaufsstellen befinden sich:
Breitestr. 22, Holstenstr. 19, Gürstr. 26, sowie in der Fabrik: Peterstr. 1.
Außerdem sind sämtliche Brodsorten zu obenstehenden Preisen zu haben bei Herren:
Schmachtel, Mühlenstr. 42, Uter, Schwartauer Allee u. Kupfersawiedestr. 10.
Hochachtungsvoll
J. C. D. Junge.

Das Recht und die Rechtshülfe der Handlungsgehülfeu. Eine Denkschrift zur Revision des Handelsgesetzbuches und zur Vereinfachung des Klageverfahrens für Handlungsgehülfeu. Von Richard Lipinski. Preis 25 Pfg.

Getrockn. Fliederbeeren Pfd. 30 Pfg. Joh. Nagel, Engelsgrube 51.
Allerfeinste Meiereibutter Pfd. 1,20, von 5 Pfd. an 1,16, feinste Meiereibutter Pfd. 1,10, von 5 Pfd. an 1,08 empfiehlt Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Kind. Meiereibutter vorzüglich zum Baden Neue Salzgurken empfiehlt H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge. Fischergrube 61. Fernsprecher 217.
Bittelo-Margarine, Pfd. 70 Pfg. Lachswehrl-Allee 25 bei Bernh. Grube.
Geräuch. Polk. Rettwurst, Pfd. 80 Pfg. Lachswehrl-Allee 25 empfiehlt Bernh. Grube.
Aepfel. Wegen schnellster Räumung des Ladens billigt Aepfel zu verkaufen. Johannisstrasse 50.

Gesangverein „Eintracht“

General-Versammlung am Mittwoch des 11. Januar Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Zimmer Nr. 8. Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1898.
2. Vorstandswahl.
3. Besprechung über den diesjährigen Anstalt.
4. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Großer Extra-Ball

als Benefiz für den Kassirer des Clubs Kranken- u. Sterbekasse Fidelitas am Sonntag den 15. Januar 1899 in der festlich decorirten Tivoli-Halle. Vorklänge der Herren Gebr. Puls ausgefüllt. Zu diesem meinen Vortheilsabend lade ich alle meine Freunde und Gönner ganz ergebenst ein. Achtungsvoll Franz Callies.

Nur noch bis zum 15. Januar. Circus Variété ist die Parole des vergnügten Lübeckers. Jeden Abend großer Erfolg des ausgezeichneten Künstlerpersonals. Heute: Kainberg als Sergeant Krause und Schornsteinfeger. Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadttheater in Lübeck. Mittwoch den 11. Januar. Zum 2. Male. Fuhrmann Henschel. Schauspiel in 5 Akten von G. Hauptmann. Donnerstag den 12. Januar. C A R M E N. Große Oper in 4 Akten von G. Bizet.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Soeben erschienen:
Arbeiter-Notizkalender
1899
Geb. 60 Pfg. — Porto: 10 Pfg.
Aus dem Inhalt heben wir hervor: Recht und Pflichten und Stellung der Arbeiter zum Innungs- und Handwerkererges. — Lohnzahlung und Lohnbestimmungen nach der Gewerbeordnung. — Was heißt eine Arbeiterfamilie für Lebensmittel jährlich? Steuern? Löhne- und Lohnsätze und die Rechte der verschiedenen Länder im Vergleich zum metrischen Maße, bez. Kilogramm. — Bergschadende Mäntelchen. — Adressen der deutschen Gewerkschafts-Organisationen und Fabrikinspektoren unter Angabe ihrer Bezirke. — Nützlichste Branchen der Fabrikationsgewerbe, der Reichsstaaten und der Provinzen von 1871—1899.
Die Reichstagswahlen 1898 mit Angabe der Abgeordneten und der in jedem Wahlkreise auf jede einzelne Partei abgegebenen Stimmen unter Beifügung der 1898 für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen. — Einnehmungs- und Ausgabe-Tabelle. — Notizkalendartum für jeden Tag u. c.
Der Kalender dürfte auch für 1899 seine Freunde befrichtigen. Gegenüber den Zwangsinhaltungs-Verordnungen ist die Parole des neuen Handwerkererges von Robert Schmidt, als Mitglied der Reichstags-Kommission für diesen Gegenstand, angebracht und das Sachinteresse dürfte die tabellarischen Uebersichten über die Reichstagswahlen von 1898 befrichtigen. Die Bezeichnungen über Lohnzahlung und Lohnbestimmungen, die Adressen der Fabrikinspektoren u. Gewerkschafts-Organisationen u. c. gestalten den Kalender zu einem empfehlenswerthen Gewerkschaftl. Nachschlagebuch.
Buchhandlung Vorwärts
Geilstr. SW., Geilstr. 2.

